

"Silbersee" in der Altmark

Bürger machen erneut gegen Deponie mobil

Seit Monaten wird über die Zukunft einer Bohrschlammdeponie in Brüchau gestritten. Nun hat eine Bürgerinitiative einmal mehr vor dem Landtag protestiert – während im Innern des Hohen Hauses ebenfalls diskutiert wurde.



Eine Bürgerinitiative hat am Freitag vor dem Landtag in Magdeburg protestiert. Bildrechte: MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK

Zum wiederholten Mal hat eine Bürgerinitiative am Freitag gegen die Bohrschlammgrube in Brüchau demonstriert. Vertreter der Initiative "Saubere Umwelt und Energie Altmark" forderten vor dem Magdeburger Landtag, das Grundwasser zu schützen und Giftschlamm zu entsorgen. Brüchau sei kein Endlager, betonten sie.



Um ihr Anliegen deutlich zu machen, brachten Demonstranten wie dieser Mann Gasmasken mit. Bildrechte: MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK

Christfried Lenz, Sprecher der Initiative, sagte MDR SACHSEN-ANHALT, die Grube müsse so schnell wie möglich ausgehoben werden. Sie sei nicht dicht. Der Betreiber, der französische Konzern Engie, bevorzugte bisher allerdings die Variante, die Deponie abzudecken. Lenz sagte, man müsse vor den Landtag gehen und protestieren, weil das die einzige Möglichkeit sei, Politiker zum Handeln aufzufordern.

Schon mehrfach hatten Anwohner in der Vergangenheit gegen die Grube [demonstriert](#) – erst vor zwei Wochen hoben bei einer Demonstration 20 Traktoren [symbolisch Erde vor der Grube](#) aus. Schon im Februar dieses Jahres hatte die Bürgerinitiative gefordert, die eingelagerten Gifte in eine geeignete Deponie zu bringen. Anfang des Jahres verschickte sie einen Offenen Brief an die Mitglieder des Landtags: Darin war der Landesregierung vorgeworfen worden, sie [missachte und verhöhne](#) mit ihrer Politik die Bevölkerung in der Altmark.

Die Bohrschlammdeponie Brüchau Aus der Grube in Brüchau, dem sogenannten Silbersee, treten laut Messungen seit Jahren Schadstoffe aus. Im Grundwasser wurden vergangenes Jahr Chlorid, Radium und Quecksilber nachgewiesen. Das hatte seinerzeit die Bergbaubehörde dem MDR bestätigt. Bis 2012 waren in der ehemaligen Lehmkuhle mehr als 40 Jahre lang giftige Abwässer und Schlämme aus dem Bergbau und Sondermüll aus Chemiebetrieben verklappt worden – darunter 250 Tonnen metallisches Quecksilber, 9.000 Tonnen Säuren und 1.400 Kilogramm Arsenstoffe.

Zunächst weitere Untersuchungen nötig

Unterdessen hat der Landtag am Freitag über eine sofortige abschließende Stilllegung der Bohrschlammdeponie diskutiert. Dabei bekräftigten die Abgeordneten mehrheitlich den Beschluss vom Mai 2017, den sogenannten Silbersee stillzulegen. Wie genau das technisch geschehen soll, wurde allerdings offen gelassen. Dazu seien weitere Untersuchungen nötig, hieß es.



Das Grundwasser müsse geschützt und der Giftschlamm entsorgt werden, forderten Vertreter der Bürgerinitiative. Brüchau sei kein Endlager. Bildrechte: MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK

Die Koalitionsfraktionen von CDU, SPD und Grünen haben ihren Antrag dazu mehrheitlich verabschiedet. AfD und Linke lehnten ihn ab. Die beiden Oppositionsfraktionen brachten eigene Anträge in das Plenum ein. Die AfD hatte das Thema auf die Tagesordnung gesetzt.

Christfried Lenz von der Bürgerinitiative sagte MDR SACHSEN-ANHALT im Anschluss an die Debatte, er bedauere, dass trotz der guten Rede der Grünen-Abgeordneten Dorothea Frederking der Fraktionszwang gegriffen habe – und damit der Antrag der Koalitionsfraktionen verabschiedet wurde. "Insgesamt aber habe ich den Eindruck, dass es eine leichte Bewegung in die richtige Richtung ist", sagte Lenz. Es sei gut, dass etwa Wirtschaftsminister Armin Willingmann (SPD) gesagt habe, er sei lernfähig. Lenz warf Willingmann aber vor, bislang nur in einem Punkt dazugelernt zu haben. Es gebe noch einiges zu tun.

- [Drucksache 7/1995: AfD zu Deponie in Brüchau Link ins WWW](#)
- [Drucksache 7/2028: Linke zu Brüchau Link ins WWW](#)
- [Drucksache 7/2029: CDU, SPD und Grüne zu Brüchau Link ins WWW](#)

Anmerkung der Redaktion: In der ersten Fassung dieses Artikels hatten wir berichtet, der Landtag habe mehrheitlich für eine "technische Sicherung" der Deponie gestimmt. Damit war gemeint, dass eine technische Variante gefunden werden soll, die die Sorgen der Bevölkerung ausräumt. Wir haben die entsprechende Passage nach einem Hinweis präzisiert.